

FORDERUNGSPAPIER

BILDUNGSPOLITIK MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN: #LOBBYFÜRBIKDUNG

Hintergrund: UN-Kinderrechtskonvention

1992 ratifizierte Deutschland als eines der ersten Länder die UN-Kinderrechtskonvention. Damit sicherte die Politik im Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention umfassende Mitspracherechte zu:

„1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

(2) Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.“

Gleichwohl Kinder und Jugendliche immer mehr Zeit in Kindertageseinrichtungen (Kitas) und Schulen verbringen, dadurch wertvolle Erfahrungen sammeln und wichtige Expertise im Bereich der großen Herausforderungen für Bildung und Erziehung einbringen könnten, gibt es für Kinder und Jugendliche, Eltern/Erziehungsberechtigte und dem zivilgesellschaftlichen Bildungsengagement in der Bundesbildungspolitik noch keine zufriedenstellenden Beteiligungsstrukturen. Wir fordern daher, sie bei Entscheidungen zur frühkindlichen Bildung oder über die schulische Bildung zu beteiligen. Junge Menschen zeigten in der jüngsten Vergangenheit sehr beeindruckend, dass sie eine Stimme haben und sich stark für die Gesellschaft und nachfolgende Generationen engagieren. Wir fordern daher, das (junge) Bildungsengagement zu fördern und eine echte Mitsprache in der Bildungspolitik zu ermöglichen.

Schirmherrin:

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Gesine Schwan

Vorstand:

Natalja Bednar (Schatzmeisterin)

Katja Hintze (Vorsitzende)

Andreas Kessel (stellv.

Vorsitzender)

Kuratorium:

Joachim Bartz

Dr. Holger Feist

Dirk Finger

Peter Gebauer

Rosa Maria Haschke

Thomas Hohn

Anne Kreim

Dr. Dietmar Kress

Rainald Manthe

Sabine Mellies

Ferry Pausch

Larissa Probst

Hanno Rath

Maren Stancke

Erika Takano-Forck

Kai Wegner

Michael Werner

Joachim Willeke

Beirat:

Prof.ⁱⁿ Jutta Allmendinger Ph.D.

Coen Duetz

Andreas Martin Hofmeir

Hansjörg Hornauer

Dr. Detlef Horn-Wagner

Prof.ⁱⁿ Barbara John

Prof. Dr. Michael Komorek

Julia Latscha

Dr. Jörg F. Maas

Dr. Christoph Mecking

Prof. Dr. Wolfram Meyerhöfer

StS a.D. Mark Rackles

Lisa Reimann

Dr. Peter Rösner

Nina Schoenian

Monika Schulz-Strelow

Marco Splitt

Dr. Jan Stöß

Christine Witthöft

WIR FORDERN:

MEHR MITSPRACHE FÜR KINDER UND JUGENDLICHE IN DER BILDUNGSPOLITIK

Was schon lange klar war, hat die Pandemie uns noch ein erneutes Mal vor Augen geführt: Kita- /Betreuungs- und Bildungspolitik wird über die Köpfe der Kinder und Jugendlichen hinweg und nicht mit ihnen gemacht. **Deshalb fordern wir mehr Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche, sowohl in den Kindergärten als auch in den Schulen!**

DEMOKRATISCHERE SCHULEN FÜR EINE DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT

Demokratie lernt der Mensch nicht durch Klausuren, sondern durch aktives Leben und Wahrnehmen demokratischer Praktiken. Dazu ist es das Recht aller Schüler*innen in allen sie betreffenden Fragen im Schulalltag beteiligt zu werden als deutlicher Indikator für demokratischere Schulen. Dies wird ihnen zu oft verwehrt. Die ohnehin schon äußerst gering aufgestellten Beteiligungsstrukturen von Schüler*innen waren zu Beginn der Pandemie die ersten, die de facto außer Kraft gesetzt wurden. Als Expert*innen für ihre Lebenswelt haben sie eine Kompetenz, die uns – gerade in Krisensituationen – hilft, gute Lösungen zu finden. Da sie sich auch nicht über Wahlen an der Demokratie beteiligen können, müssen ihre Grundrechte aus der Kinderrechtskonvention endlich angemessen umgesetzt werden. **Als Stiftung Bildung fordern wir mehr Beteiligungsrechte für Schüler*innen in der Bildungspolitik!**

BUNDESEINHEITLICHE REGELUNGEN FÜR DIE BETEILIGUNG VON KINDERN IN KINDERGÄRTEN UND KINDERTAGESSTÄTTEN (KITAS)

Als Grundrechtsträger*innen haben Kinder wie die Erwachsenen ein Recht auf Mitbestimmung und Partizipation, ebenfalls sichert die von Deutschland ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention allen Kindern von Beginn an ein Recht auf Beteiligung gemäß Artikel 12¹ zu. Auch im Sozialgesetzbuch VIII² und in den meisten Kita-Gesetzen der Bundesländer ist das Beteiligungsrecht der Kinder zumindest grundlegend verankert. Verbindliche Qualitätsstandards und Regelungen, die über bloße Empfehlungen und Anregungen hinausgehen, existieren jedoch nicht für alle Kindergärten in Deutschland. Wir fordern deshalb verbindliche, bundeseinheitliche Regelungen für die Beteiligung von Kindern in Kitas. Angesichts der Herausforderungen, vor denen unsere demokratische Gesellschaft steht, halten wir es gerade heute für besonders wichtig, Kinder bereits in der Kita aktiv und altersgerecht zu beteiligen. Durch geübte Partizipation erfahren die Kinder frühzeitig Selbstwirksamkeit, lernen demokratische Mitbestimmung und fühlen sich wertgeschätzt sowie anerkannt. Als eine der wichtigsten Bildungsinstitutionen kann die Kita von Anfang an dazu beitragen, demokratische Werte und demokratisches Miteinander zu erleben und zu erlernen.

¹ <https://www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/un-kinderrechtskonvention>

² <https://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbviii/8.html>

Um jedoch eine langfristige und nachhaltige Beteiligungskultur in unseren Kitas zu etablieren, müssen alle Kitas in die Lage versetzt werden, die bundeseinheitlichen Vorgaben auch langfristig umzusetzen. **Dafür braucht es, neben den bundeseinheitlichen Vorgaben, eine bessere finanzielle Ausstattung, mehr und qualifiziertes Fachpersonal für Kitas sowie eine regelmäßige Evaluation der umgesetzten Beteiligungsstrukturen!**

BUNDESWEITE VERTRETUNG DES BILDUNGSENGAGEMENTS FÖRDERN

Gleichwohl Schulbildung in Deutschland föderal organisiert ist, finden zentrale Entscheidungen auf und in Absprache mit der Bundesebene statt. Die Kultusministerkonferenz (KMK), das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder weitere staatliche und nichtstaatliche Akteur*innen sind hierfür Beispiele. Deshalb müssen Schüler*innen, Eltern/Erziehungsberechtigte und Engagierte in Kindergärten und Schulen auch hier die Möglichkeit haben sich in die öffentliche Debatte einzubringen und so Bildungspolitik auf Bundesebene mitgestalten zu können. Um dies zu ermöglichen fordern wir die Einrichtung bundesweiter Vertretungsstrukturen für das Bildungsengagement. Konkret für die Bundesschülerkonferenz (BSK), die Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen (BEVKi), den Bundeselternrat (BER) und den Bundesverband der Kita- und Schulfördervereine (BSFV). Ehrenamt braucht Hauptamt. Damit die Vertretungsstrukturen gut arbeiten können, braucht es vom Bund langfristig und stabil finanzierte Geschäftsstellen. **Für die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit, Tagungen, Meinungsbildungsarbeit, Qualifizierung, Personal, Reisekosten und Sachmittel sind mindestens 1 Million Euro pro Vertretungsstruktur pro Jahr notwendig!**

ENGERE EINBINDUNG DES BILDUNGSENGAGEMENTS IN POLITISCHE PROZESSE

Die Expertise der Zivilgesellschaft muss eingeholt und berücksichtigt werden, gerade auch, wenn es um die Anliegen der Kindergärten und Schulen geht. Die vier Strukturen – die Bundesschülerkonferenz (BSK), die Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen (BEVKi), der Bundeselternrat (BER) und der Bundesverband der Kita- und Schulfördervereine (BSFV) – des zivilgesellschaftlichen Bildungsengagements und die Stiftung Bildung stellen wichtige Expertise und Erfahrungswerte bereit. **Um die großen Herausforderungen der Bildung in Zukunft inklusiver, innovativer und zielführender bewältigen zu können, sollten die BSK, die BEVKi, der BER, der BSFV sowie die Stiftung Bildung in alle bildungspolitischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden!**

INVESTITIONEN IN BILDUNG STÄRKEN: DEUTSCHLAND MUSS BILDUNGSINVESTITIONEN MINDESTENS AUF OECD-DURSCHNITT ANHEBEN

Gute Beteiligung kann nur in einem Umfeld funktionieren, das mit ausreichend finanziellen Ressourcen ausgestattet ist. Daher bedarf es einer entsprechend soliden und sämtliche Facetten auf dem Bildungssektor berücksichtigenden Finanzierung. Die Ausgaben für Lernen, Lehren und Lernorte müssen massiv gesteigert werden, um beste Bildungs- und Beteiligungschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu garantieren. (Anmerkung: Hochwertige, egalitäre Bildung mit inklusivem Ansatz gehört zu den essentiellen Forderungen auch der UNESCO.) Die Pandemie macht die Problemlagen unseres Bildungssystems einmal mehr deutlich, die durch die Unterfinanzierung der vergangenen Jahrzehnte entstanden sind. Bildung ist unsere einzige Zukunftsressource und „erneuerbare Energie“, wie Politiker*innen immer wieder konstatieren, weshalb wir mehr Investitionen für qualifiziertes Personal, die digitale Infrastruktur und die Sanierung der Lernorte fordern. Die bereits 2008 von der Bundesregierung angekündigte Erhöhung der Bildungsausgaben auf knapp 9% des BIP³ ist bis heute nicht erfolgt. Auch in 2020 lagen die Ausgaben bei lediglich 4,8% des BIP⁴. Gerade jetzt aber bedarf es deutlich höherer Investitionen in die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen, um die Folgen der Kita- und Schulschließungen der vergangenen Monate abzumildern und unser Bildungssystem zukunftsfest für das 21. Jahrhundert aufzustellen und dadurch mehr Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, unabhängig der sozio-ökonomischen Herkunft. Dabei müssen Kinder und Jugendliche als Expert*innen ihrer Lernorte und des Lernens in die Entwicklung und Gestaltung innovativer Bildungskonzepte eingebunden werden. Eine gerechte Bildung für alle, die von allen mitgestaltet werden kann, führt dabei nicht nur zur besseren Qualifikation unserer Kinder und Jugendlichen, sondern stärkt auch mit nachhaltigen Synergien den gesellschaftlichen Zusammenhalt. **Die Bildungsausgaben sind die besonders nachhaltig wirksamen und vielfältigen Synergien generierenden Investitionen in unsere Zukunft und müssen deshalb konsequent erhöht werden!**

MEHR FORSCHUNG ZU BETEILIGUNGSSTRUKTUREN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IN DER BILDUNG / IN ALLEN VOM BUND GEFÖRDERTEN FORSCHUNGSVORHABEN UND ERHEBUNGEN MUSS DIE SICHT DER KINDER UND JUGENDLICHEN EXPLIZIT ABGEFRAGT UND BERÜCKSICHTIG WERDEN

Kinder und Jugendbeteiligung ist in der Politik bis dato ein vergleichbar junges, wenig genutztes Feld – ja eine „terra incognita“. Um dieses strategisch weiterausbauen zu können und das große Potenzial des Bildungseengagements zu heben, bedarf es deutlich mehr Forschung und Klärung grundsätzlicher Fragen: Wo können Kinder und Jugendliche im Rahmen von bildungspolitischen Bereichen schon jetzt mitsprechen, wie werden die Vertreter*innen unterstützt bzw. begleitet, wie ist die Demografie der Kinder und

³ https://de.wikipedia.org/wiki/Dresdner_Bildungsgipfel (Stand: 10.05.2021)

⁴ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/161321/umfrage/anteil-der-oeffentlichen-bildungsausgaben-am-bip/> (Stand: 18.05.2021)

Jugendlichen, die derzeit mitsprechen und wie kann gewährleistet werden, dass sie möglichst vielfältige Blickwinkel der Kinder und Jugendlichen abbilden?

Beteiligung bedeutet auch in Forschung und staatlichen/behördlichen Empfehlungen beachtet und gehört zu werden. Daher müssen in allen Bundesberichten, die sich mit Bildung auseinandersetzen, Kinder und Jugendliche angemessen berücksichtigt werden. Dies gilt unter anderem für den Bundesfamilienbericht sowie den Bundesbildungsbericht. Wir begrüßen es sehr, dass Kinder und Jugendliche in einem eigenen Bundesbericht Gehör finden, allerdings muss diese Partizipation ausgeweitet werden. **Wir sind davon überzeugt, wenn in Querschnittsbereichen über Bildung geforscht wird, müssen Kinder und Jugendliche eine Möglichkeit haben, ihre Meinungen, Expertisen und Gedanken zu äußern und bei der Ausarbeitung von Empfehlungen für die Politik beteiligt zu werden!**

Weiterführende Links:

- **Unsere Lobbyarbeit Stiftung Bildung:**
<https://www.stiftungbildung.org/unsere-lobbyarbeit/>
- **Juristisches Gutachten zur Bundesförderung nichtstaatlicher Bildungsakteur*innen:**
https://www.stiftungbildung.org/wp-content/uploads/Gutachten_Bundesfoerderung_nichtstaatlicher_BildungsakteurInnen.pdf

Kontakt:

Stiftung Bildung

Katja Hintze, Vorstandsvorsitzende

Am Festungsgraben 1

10117 Berlin

Tel: 030 80 96 27 01

E-Mail: info@stiftungbildung.org; presse@stiftungbildung.org

www.stiftungbildung.org

Spendenkonto der Stiftung Bildung:

GLS Bank

IBAN: DE43 4306 0967 1143 9289 01

www.stiftungbildung.org/spenden